

Die Enteignung der Familie Lachmann-Mosse

Der Mosse-Konzern bis Herbst 1932

Mit der Gründung der „Annoncen-Expedition Rudolf Mosse“ am 1. Januar 1867 legte Rudolf Mosse den Grundstein für sein Verlagsimperium, das er drei Jahre später in eine offene Handelsgesellschaft (oHG)^[1] überführte. Da bei dieser handelsrechtlichen Form der Eigentümer mit seinem gesamten Vermögen haftet, konnte er auf diese Weise seine Bonität unterstreichen. 1910 trat als weiterer persönlich haftender Gesellschafter der Kaufmann Hans Lachmann-Mosse in die oHG ein^[2]; er hatte kurz zuvor Mosses Tochter Felicia geheiratet. Sie wurde im Februar 1920, ein halbes Jahr vor dem Tod ihres Vaters, ebenfalls persönlich haftende Gesellschafterin.^[3]

Wie viele Unternehmen geriet der Mosse-Konzern zu Beginn der 1920er Jahre durch die Inflation sowie von 1929 an durch die Weltwirtschaftskrise und die in Deutschland ausgelöste Bankenkrise in finanzielle Schwierigkeiten. Die politischen Turbulenzen in der Endphase der Weimarer Republik, als die Mosse-Zeitungen, allen voran das liberale „Berliner Tageblatt“, mehrfach verboten wurden, setzten dem Konzern weiter zu. Ein Konkursantrag, den Hans Lachmann-Mosse am 13. September 1932 beim Amtsgericht Charlottenburg gestellt haben soll,^[4] lässt sich in der überlieferten Handelsregisterakte allerdings nicht nachweisen. Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler verstärkte sich die Hetze der Nationalsozialisten gegen die „Mosse-Bolschewisten“^[5], und es wurden erneut Publikationsverbote verhängt. Gleichzeitig, so berichtete der erste Gestapo-Chef Rudolf Diels, drangen SA-Formationen in die Privatvilla der Mosses in der Maaßenstraße ein^[6] und die Familie wurde mit dem Entzug der Auslandspässe bedroht.^[7]

Zwangsübertragung im April 1933

In dieser Situation unterzeichnete Hans Lachmann-Mosse, auch namens seiner Frau, einen Vertrag, in dem beide, gegen eine jährliche Auszahlung von 120.000 Reichsmark, die oHG samt allen in- und ausländischen Tochtergesellschaften für 15 Jahre „verpachteten“ und ihre privaten Immobilien mit Ausnahme des Mobiliars und persönlicher Gegenstände zur Verfügung stellten. Außerdem verpflichteten sie sich, auf sämtliche Häuser und Grundstücke, darunter das Palais am Leipziger Platz 15 mit der Kunstsammlung, die Privatvilla und drei Landgüter in der Nähe von Berlin Sicherheitshypotheken über sechs Millionen Reichsmark eintragen zu lassen und unmittelbar nach Vertragsabschluss mit einem Kredit über eine Million Reichsmark für Liquidität zu sorgen.^[8] Im Gegenzug für diese faktische Entmachtung erhielt das Ehepaar Lachmann-Mosse für sich und die drei Kinder Rudolf, Hilde und Gerhard Auslandspässe und konnte bis zum 31. März 1933 legal in die Schweiz ausreisen.^[9]

Vertragspartner bei diesem am 8. April 1933 unterzeichneten Pachtvertrag war die am gleichen Tag gegründete Rudolf Mosse Stiftung GmbH,^[10] als deren Geschäftszweck „Betrieb und Verwaltung von Verlagsdruckerei und ähnlichen Unternehmungen mit der Massgabe, dass der Reingewinn der Gesellschaft ausschliesslich zu gemeinnützigen Zwecken ausgeschüttet wird“,^[11] angegeben war. Als Gründer der mit einem Kapital von 100.000 RM ausgestatteten Stiftung firmierten Dr. Kurt Häntzschel für das Reichsinnenministerium, Paul Hamel, Vorsitzender der Berliner Börse und Inhaber der Privatbank Sponholz & Co., sowie der Notar Fritz Scheuermann.^[12] Häntzschel und Scheuermann bildeten zusammen mit Wilhelm Ohst, seit Anfang März von der NSDAP eingesetzter Staatskommissar bei der Mosse oHG^[13], den

Aufsichtsrat. Geschäftsführer der Stiftung war zunächst der Mosse-Verlagsleiter Karl Vetter, von September 1933 an der Kaufmann Otto Meyer.^[14]

Weitere Arisierungsschritte bis Mai 1933

Auf diesen ersten Arisierungsschritt folgten weitere: Am 15. April 1933 musste Lachmann-Mosse, wie er in einem Brief an seine Tochter Hilde schrieb,^[15] als Gesellschafter der oHG und als Generalbevollmächtigter seiner Frau eine Generalvollmacht für die Rudolf Mosse Stiftung erteilen.^[16] Den Schlussstein markierte ein als ‚Stiftungsvertrag‘ bezeichneter Nießbrauchsvertrag^[17], der auf den 5. Mai 1933 datiert wurde. Im Unterschied zum Pachtvertrag verzichteten Lachmann-Mosses darin auf die Pachtgebühr und verpflichteten sich, zwei Schweizer Bankkredite der oHG über umgerechnet 5,2 Millionen Reichsmark zu übernehmen^[18] und der Aufnahme weiterer Kredite über zwei Millionen Reichsmark zuzustimmen. Zudem beinhaltete der Vertrag, dass sie aus ihrem Privatvermögen 500.000 Reichsmark in bar zugunsten der oHG einzahlten^[19] und der Stiftung die Verfügung über das Palais am Leipziger Platz einschließlich der Gemäldesammlung, der Villa in der Maaßenstraße sowie den drei Rittergütern einräumten.

Trotz dieses neuerlichen Finanzaufschusses war die oHG am 12. Juni 1933 illiquide. Nach dem vergeblichen Bemühen um Kredite und Staatsbürgschaften beim Preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring und bei Hitler persönlich Ende Juni 1933^[20] beantragte die Stiftung beim Amtsgericht Charlottenburg unter Vorlage der Generalvollmacht am 12. Juli 1933 die Eröffnung des Vergleichsverfahrens über die oHG.^[21] Ziel war ein Liquidationsvergleich, bei dem die Gläubiger schrittweise und unter Hinzuziehung des Privatvermögens der Familie Mosse befriedigt werden konnten. Die Abwicklung sollte mit einer Treuhandgesellschaft erfolgen, über die sich Reichsregierung und Partei sämtliche Einfluss- und Verwertungsmöglichkeiten sicherten, ohne offen in Erscheinung zu treten.

Vergleichsantrag im September 1933

Am 13. September 1933 eröffnete das Gericht das Verfahren.^[22] Da rechtliche Unsicherheiten über das Verhältnis von oHG und Stiftung bestanden, stellte am 14. November 1933 auch die Stiftung den Antrag auf Vergleich.^[23] Am 29. Dezember 1933 wurde die Rudolf Mosse Treuhandverwaltung gegründet, Geschäftszweck war die Abwicklung der Vergleiche sowie die treuhänderische Verwaltung und Verwertung des privaten Vermögens der Familie Lachmann-Mosse.^[24] Gesellschafter waren die Rudolf Mosse Stiftung GmbH mit einem Stammkapital von 19.000 RM und Ferdinand Schimmelpfennig als Vertreter der Gläubiger mit einem Anteil von 1.000 RM. Der von den beiden Gläubigerversammlungen gebilligte Vergleich beinhaltete die Übertragung der oHG mit allen inländischen Tochtergesellschaften und Beteiligungen sowie die Übertragung des gesamten inländischen Privatvermögens des Ehepaares Lachmann-Mosse mit Stand 13.9.1933, einschließlich der Kunstsammlung im Palais Mosse sowie der Einrichtung und der Kunstgegenstände in der Maaßenstraße und in Schenkendorf. Davon ausgenommen waren lediglich Darstellungen, die die Familie zeigte.^[25] Die ausländischen Tochtergesellschaften mit eigener Rechtsform waren nicht Bestandteil der Vereinbarung und blieben im Eigentum der Familie Mosse.

Versteigerung der Kunstsammlung im Mai 1934

Nach Zustimmung der Gläubiger hob das AG Charlottenburg am 5. Februar 1934 das Vergleichsverfahren auf. Schon kurz danach beauftragte die Rudolf Mosse Treuhandverwaltung GmbH den Kunsthändler Karl Haberstock sowie den Kunsthistoriker und Mitinhaber des Berliner Auktionshauses Lepke, Hans-Karl Krüger, mit der Verwertung der Kunstsammlung.^[26]

Die Auktion fand am 29. und 30. Mai 1934 im Mosse-Palais statt. Eine Woche später versteigerte das Auktionshaus Union das Inventar der Villa in der Maaßenstraße und von Gut Schenkendorf.

[1] Handelsregisterauszug Beglaubigte Abschrift, 18.1.1934, AG Charlottenburg HRB 1429, Bl. 10-11.

[2] Ebenda.

[3] Ebenda.

[4] Vgl. Kraus, Elisabeth (1999), Die Familie Mosse, Deutsch-jüdisches Bürgertum im 19. und 20. Jahrhundert, München: C. H. Beck, 506 sowie 518-519, und Mendelssohn, Peter de (1959), Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse, Berlin: Ullstein, 335ff. Auch die Auflagen von 1960, 1982 und 2017 enthalten dieselbe Darstellung. Aktuelle Darstellungen der Verlagsgeschichte folgen im Allgemeinen Elisabeth Kraus und beziehen sich auf ihre Angaben zum angeblichen Konkursverfahren.

[5] Diels, Rudolf (1950), Lucifer ante portas Es spricht der erste Chef der Gestapo, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, 183.

[6] A. a. O., 223; Verfahren Felicia Lachmann-Mosse gegen Treuwa-Treuhandverwaltung GmbH, 23.11.1954, LAB B Rep. 0 25-04, Nr. 1397/50, Bl. 383ff.

[7] Aktenvermerk Alfred Schwabacher (Leiter der Mosse-Dependance in Zürich), 22.3.1933, Leo Baeck Institute, Mosse Family Collection, Reel 10

[8] Pachtvertrag, 8.4.33, BArch Berlin R 109/413, Bl. 19ff.

[9] Felicia und Hans Lachmann-Mosse ließen sich zunächst in der Schweiz nieder, im Mai 1933 übersiedelten sie nach Frankreich. Als letztes Familienmitglied verließ der jüngste Sohn Gerhard, der spätere Historiker George L. Mosse, am 31. März 1933 Deutschland. Vgl. Mosse, George L. (2003), Aus großem Hause, Erinnerungen eines deutsch-jüdischen Historikers, Berlin: Ullstein, 113-115. Hans Lachmann-Mosse kam Ende April 1933 noch einmal kurz nach Berlin.

[10] Handelsregister, beglaubigte Abschrift, 18.1.1934, AG Charlottenburg HRB 1429, Bl. 10-11.

[11] Ebenda.

[12] Gesellschaftsvertrag, Abschrift, o. D., BArch Berlin R 109/413, Bl. 29ff. Hamel war Platzhalter für Lachmann-Mosse, der kurze Zeit die Anteile zu übernehmen, um damit nach außen hin den Anschein zu erwecken, als sei die Rudolf Mosse Stiftung eine Unternehmung der Familie Mosse.

[13] Ohst erhielt in dieser Funktion ein Monatsgehalt von 5000 Reichsmark, vgl. Verfahren Felicia Lachmann-Mosse gegen Treuwa-Treuhandverwaltung GmbH, Mai 1933, LAB B Rep. 0 25-04, Nr. 1397/50, Bl. 109.

[14] Handelsregister, beglaubigte Abschrift, 18.1.1934, AG Charlottenburg HRB 1429, Bl. 18; BArch Berlin R 109/413, Bl. 29ff.

[15] Hans Lachmann-Mosse an Hilde Lachmann-Mosse, 30.5.1933, Mosse Family Collection, Reel 6, [Leo Baeck Institute](#).

[16] Generalvollmacht, beglaubigte Abschrift, 19.4.1933, AG Charlottenburg HRB 1429, Bl. 9.

[17] Verfahren Felicia Lachmann-Mosse gegen Treuwa-Treuhandverwaltung GmbH, Mai 1933, LAB B Rep. 0 25-04, Nr. 1397/50, Bl. 231ff. Zu den Umständen, unter denen der Vertrag zustande kam vgl. Bl. 108, 139, 141 und 298.

[18] Alfred Schwabacher an Wilhelm Ohst, 13.4.1933, [Mosse Family Collection, Reel 9, Leo Baeck Institute](#).

[19] Alfred Schwabacher an Rudolf Mosse Stiftung, 26.4.1933, und Alfred Schwabacher an Rudolf Mosse Stiftung über Rechtsanwalt Levy, 5.5.1933, Mosse Family Collection, Reel 15, [Leo Baeck Institute](#).

[20] Akten Reichskanzlei, handschriftlicher Vermerk ohne Namen, 29.6. 1933, BArch Berlin R 43 II 360, Fiche 1, Bl. 31-43.

[21] Rudolf Mosse Stiftung GmbH, Antrag auf Eröffnung eines Vergleichsverfahrens für die Rudolf Mosse oHG, 12.7.1933, BArch Berlin R 109/413 Bl. 1f.

[22] Eintrag v. 19.9.1955, AG Charlottenburg HRB 1429, Bl. 13.

[23] Dr. Haupt / Vergleichsverwalter an Amtsgerichtspräsidenten, o.D., BArch Berlin R 109/I 413, Bl. 108.

[24] Handelsregister, beglaubigte Abschrift, 18.1.1934, AG Charlottenburg HRB 1429, Bl. 3ff.

[25] Verfahren Felicia Lachmann-Mosse gegen Treuwa-Treuhandverwaltung GmbH, 23.2.1934, LAB 25-08, Nr. 581/51, Bl. 154-158.

[26] Hans-Carl Krüger an Mosse Treuhand GmbH, 19.2.1934, KMA-HA, HB/3/BE/470.a.